DM 1,-

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Juli/August 1997

Demonstration antifaschistischer Kräfte in Bremen

Rechtzeitig zum Beginn der Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44" am 28.05. in Bremen kroch die NPD aus ihren Löchern um lauthals „nationalen Widerstand" gegen die Ausstellung anzukündigen. Dieser sollte in Bremen in Form einer Demonstration unter dem revisionistischen Titel "Unsere Väter waren keine Verbrecher" stattfinden.

Der Antrag für die geplante Demonstration am Eröffnungstag der Ausstellung auf dem Goethe-Platz wurde jedoch zum Glück von der Stadtverwaltung abgelehnt, so daß uns in Bremen ein braunes Horrorszenarium wie der Demonstrationszug von mehreren Tausend Faschisten am 1. Mai in München bis jetzt erspart geblieben ist.

Im Gegenteil, der Goethe-Platz war am diesem Abend voll mit Antifschistinnen verschiedenster Coleur.

Etwa 500 Antifschistinnen, vorwiegend jüngere Leute, fanden sich dort ein, um einem Aufmarsch der Neofaschisten entschlossen entgegenzutreten und die Ausstellung zu schützen.

Kein Nazi ließ sich an diesem Abend in der Nähe des Ausstellungsortes blicken! Auch wenn wir damit die faschistische Bewegung in diesem Land nicht zum Erliegen gebracht haben, ist dies für mich ein Erfolg, und darüber hinaus beruhigt mich die Tatsache, daß es in Bremen offenbar ein nicht unerhebliches Potential an antifaschistischen Kräften gibt.

Inwieweit sich die „Anti-Wehrmachtsausstellungs-Koaliation" mit dieser Schlappe zufrieden gibt, bleibt abzuwarten. Wir werden das Geschehen aufmerksam verfolgen und gegebenenfalls Widerstand organisieren.

Jens



... entspannte Antifaschistinnen ... betriebsame Polizei
Demo Goethe-Platz 28.05.1997

Polnische Zwangsarbeiter

Am 25.8.42, vor 55 Jahren, gab der Oberstaatsanwalt die Hinrichtung des 16jährigen polnischen Zwangsarbeiters Walerjan Wrobel bekannt. Im Glauben, wegen dieser Tat nachhause geschickt zu werden, hatte er in Lesum eine Scheune angezündet. "Wrobel, ein polnischer Landarbeiter, hat einen deutschen Bauernhof angezündet," lautete die Bekanntmachung.

Die in Bremen eigens geschaffene Polizeiverordnung vom 9. Mai 1940 regelte das Leben polnischer "Zivilarbeiter und -arbeiterinnen." Es war ihnen verboten sich in der Sommerperiode zwischen 21 und 5 Uhr, in der Winterperiode zwischen 20 und 6 Uhr außerhalb der Unterkunft aufzuhalten, an deutschen kulturellen, kirchlichen oder geselligen Veranstaltungen teilzunehmen. Unerlaubtes Verlassen des Arbeitsplatzes war unverzüglich der Polizei zu melden. Betriebs- und Lagerführer waren angewiesen, Polizei und Gestapo jede "Gefährdung des Produktionsganges und der Arbeitsleistung oder der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" zu melden.

"Als Fälle, die ein sofortiges staatspolizeiliches Einschreiten erfordern, sind beispielsweise zu nennen:

1. Bummelei und Arbeitsscheu,
2. Arbeitsflucht (unerlaubtes Verlassen der Arbeitsstelle und Heimkehr ohne Urlaub),
3. Staatsfeindliches Verhalten und Disziplinlosigkeiten mit politischem Hintergrund, z.B. Aufhetzung zur Arbeitssabotage und zum Streik, Verweigerung des Essens, Bildung oppositioneller Gruppen, Abhören ausländischer Rundfunksender u.ä.."

Die erstmalige Verletzung des Kennzeichnungszwangs, der Ausgangsbestimmungen, die Benutzung der Straßenbahn oder das Entfernen vom Arbeitsplatz hatte z.B. Erziehungshaft von bis zu drei Tagen zur Folge.

Kriegsgefangenen und Ostarbeitern war bei Luftangriffen der Zutritt zu den Luftschutzbunkern verboten.

RG

Nils Aschenbeck, ein bremischer Vielschreiber als „konservativer Revolutionär"

In der Ausgabe vom 18.5.97 des WK wurde das Projekt eines bemerkenswertes Gespanns vorgestellt: Nils Aschenbeck (Verfasser von Reiseliteratur und Aufsätzen über Architekturgeschichte) schreibt für die Ostpreußische Landsmannschaft (OL) ein Buch über Flüchtlinge nach 1945. Dabei läßt sich die zu Recht um ihre Gemeinnützigkeit besorgte OL (siehe die neue Broschüre zum Thema) von Aschenbeck bescheinigen, daß das Thema Revanchismus heute „völlig entspannt" betrachtet werde.

Doch wer ist eigentlich dieser Aschenbeck? Mit seinen 32 Jahren hat er bereits eine erhebliche Anzahl von Aufsätzen und Büchern, v.a. zu Themen bremischer Baugeschichte, auf den Markt geworfen. Ebenso beeindruckend ist die Vielzahl seiner Kontakte zur Presse, zu bremischen Verlagen und zu senatorischen Dienststellen.

Wenn es um politische Aussagen geht, hält er sich jedoch zurück und dies nicht ohne Grund. In seinen für die breite Öffentlichkeit bestimmten Aufsätzen lassen sich seine Ansichten anhand dessen rekonstruieren, worüber er sich ausschweigt. So schreibt er in dem Band „Bremen 1860 - 1945" (Bremen, 1996): „In den Jahren 1860 - 1939 entstanden zahlreiche moderne Verwaltungsgebäude und große Geschäfts- oder Kaufhäuser. Dieses alte Bremen wurde im Krieg weitgehend zerstört." An dieser (und an jeder anderen) Stelle Ursache und Verantwortung für den Krieg, der Bremen in Schutt und Asche zu legen, zu verschweigen ist schon recht anstrengend. Nebenbei lernen wir, daß wenigstens bis 1939 etwas irgendwie „Modernes" in der Stadt vor sich ging.

Verschweigen der Opfer

Vor allem findet sich in keiner seiner Arbeiten über das Bauen im Dritten Reich irgendein Hinweis, ein Halbsatz, ja nur ein Wort, über die Opfer des Faschismus. Dieses Schweigen inmitten der vielen Worte hat wegen seiner Konstanz den Charakter der Leugnung. So ist er der einzige Autor, der es fertigbringt, über den Bunker Valentin zu schreiben, ohne die Zwangsarbeiter zu erwähnen, die bei dessen Bau zu Tode geschunden wurden.

Sein Aufsatz in dem Band „Fabrik für die Ewigkeit. Der U-Boot Bunker in Farge" (Hamburg 1995) enthält dafür den Satz „Auch wird der Bunker von einigen als ein riesiges Mahnmal betrachtet." (S. 8).

Von ihm also nicht. Vielmehr ergeht er sich im Schlußabsatz, der mit „Größe" überschrieben ist, über die zukunftsweisende und „erhabene" Wirkung des Klotzes.

In seinem Aufsatz über das NS-Freilichttheater in Bookholzberg (Richtung Oldenburg) wird Aschenbeck deutlicher.

Unter der Hand wird aus seiner schein-7bar neutralen Berichterstattung über dieses Überbleibsel nazistischer Rassen- und Volksgemeinschaftsideologie politische Agitation.

Ohne weitere Umstände erklärt er die Anlage zum „Identitätsstiftenden Kern" der Ortschaft. Nicht ohne Perfidie agitiert er hier gegen die Landesversehrtenschule, die das Gelände seit 1945 nutzt und weiter bauen möchte. Ausgerechnet diese Behinderteneinrichtung setzt er mit „millionenschweren Interessen" gleich, die sich gegen dieses Monument „regionaler Identität" richte. (WK, 30.9.1995)

Gedenken an zwei Kameraden

Nach seinem zweiten schweren Unfall hat sich unser Kamerad

Fritz Bolte

nicht wieder erholen können. Nach einem langen Krankenlager ist er nun aus dem Leben geschieden.

Für seinen Widerstand gegen das Naziregime wurde er mehrfach inhaftiert.

Sein Leben endete im 85. Lebensjahr.

Kurz vor der Vollendung seines 70. Lebensjahr setzte ein Herzinfarkt dem Leben unseres Kameraden

Werner Sturm

den Schlußpunkt.

Das aktive Leben dieser Kameraden bleibt uns Vorbild.

Der Landesvorstand

„Regionalität" findet für gewöhnlich Anklang auf der Rechten. So wurde auch die erste Ausgabe seines eigenen Zeitschriftenprojekt „Archicultura Jahresschrift für die regionalen Kulturen Mitteleuropas" (Fischerhude, 1993/94) dementsprechend breit in der neofaschistischen „Jungen Freiheit" (Nr. 29/1994) gewürdigt.

Auch bei Aschenbeck bietet die Region die Brücke zu Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit.

In seiner Broschüre „Moderne Architektur in Ostpreußen" (Hrsg. von der Abteilung Kultur der OL, Hamburg 1991) formuliert er: „In Randlagen steht die eigene Kultur unter der steten Bedrohung durch das Fremde." (S.5)

Rechte Seilschaften

Den weltanschaulichen Hintergrund Aschenbecks enthüllt jedoch sein Engagement für die im Gegensatz zur Jungen Freiheit eher unbekannte Zeitschrift „ETAPPE". Astrid Lange schreibt über dieses Blatt: „Hinter der Frontlinie, in der sicheren ETAPPE, empfiehlt sich eine Gruppe fundamentalistischer Nationalisten der rechten Szene als Avantgarde." („Was die Rechten lesen", München 1993, S. 93) Das besondere Anliegen der Etappe ist die Pflege von Autoren der prä- und profaschistischen „Konservativen Revolution", v.a. Carl Schmitts. Dementsprechend ist der Ton der Artikel von offener Brutalität; ihr Inhalt streng nationalistisch, radikal antidemokratisch und militaristisch. Ihr Herausgeber Heinz-Theo Homann, ehemaliger Fraktionsmitarbeiter der „Republikaner" im Düsseldorfer Stadtrat, war es denn auch, der unter dem Pseudonym „Jutta Winkler" Aschenbecks Zeitschrift in der „Jungen Freiheit" zu puschen suchte. (J. Mecklenburg: „Handbuch deutscher Rechtsextremismus", Berlin 1996, S. 408)

In „Krieg und Popmusik" (Etappe, Nr. 9, Bonn, März 1993, S. 20 - 45) wählt Aschenbeck Ernst Jünger und dessen ultramilitaristischen Schriften als Basis für eine auf den ersten Blick skurril wirkende Gleichsetzung des mechanisierten Krieges und der heutigen Popularkultur.

Aschenbecks Desinteresse am Menschen enttarnt sich als menschenverachtende Kaltschnäuzigkeit, indem er die Grenze zwischen Tod und Leben verwischt.

Die Lust am Krieg und seiner Technik, die er in seiner Schrift über den Bunker Valentin gerade noch zurückhält (auch diesen Text leitet er mit einem Jünger-Zitat ein), gewinnt hier breiten Raum.

Es stehen hier Sätze, ob deren Unverschämtheit man schaudert:

„Unter Stroboskopgewittern und Laserfeuer (der Discotheken, d. Verf.) stirbt der reale Körper. Er brennt sich ein als flüchtiger Körper auf eine anonyme Tanzfläche, - ob Berlin oder New York oder Hiroshima" (S. 32)

Thomas (AG Neofaschismus)

Vor 55 Jahren:

Am 23./24.7.42 Verschleppung von 160 jüdischen Menschen aus dem Rosenakhaus (Gröpelingen) nach Theresienstadt und Auschwitz, von denen einige schon während der Fahrt starben, 31 am 28./29.7.42 in

Auschwitz vergast wurden und 83 in Theresienstadt umkamen. Nach der Räumung quartierte sich die Reichspolizei im Rosenakhaus ein. 1932-42 war es jüdisches Altersheim.

Das Rosenakhaus wurde am 5.7.25 zu Ehren des Rabbiners Dr. Leopold Rosenak gegründet. Am 1.4.33 wurden die Bewohner auf Lastwagen geschleppt und eng gedrängt auf der viel zu kleinen Ladefläche durch Gröpelingen gefahren. Um sie vor den Gröpelingern herabzuwürdigen, gingen Nazis mit Paukenschlägen und Trompeten vorweg. Bis zu 180 Menschen wurden in den folgenden Jahren im Rosenakhaus zwangseinquartiert.

Raimund

Vor 55 Jahren:

Ab August 39 wurde die Lebensmittelversorgung für nicht arbeitsfähige Patienten der Nervenklinik Ellen (heute Bremen-Ost) drastisch herabgesetzt. Von den 73 Kindern und Jugendlichen, die im August 1939 aus Haus Reddersen in Horn nach Ellen "verlegt" wurden, überlebten 33. Die ersten starben sehr bald durch Medikamentenüberdosierung. Zu Kriegsbeginn forderte ein Hitlerbefehl den "Gnadentod" für nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranke.

Epileptikern wurde ab Februar 40 kein Luminal mehr verabreicht. Die durchschnittliche Sterberate in Ellen verdoppelte sich nach 1940. Wer heftigere Anfälle und Koma überlebte, wurde 42 nach Hadamar überstellt.

Am 13./14.8.42 erfolgte eine Deportation von 126 Patienten. Nur 10 überlebten das Kriegsende, 104 von ihnen wurden in Hadamar vergiftet oder starben an Hunger. Am 9.12.43 wurden 307 Frauen und Männer aus Ellen nach Obrawalde/Meseritz "verlegt". Das bedeutete den Tod für 274 von ihnen, darunter 149 ältere Menschen. Nur 23 überlebten.

Insgesamt wurden bis 1945 983 Ellener Patienten "verlegt", für 708 bedeutete es den Tod. Chefarzt Kaldewey wurde 1948 vom Vorwurf freigesprochen, Verbrechen an der Menschlichkeit verübt zu haben, obwohl er als Leiter aktiv das Ziel verfolgte, Kranke zu töten, um Erbkrankheiten "auszurotten."

Raimund

Vor 65 Jahren:

Am 20.7.32 Papens Staatsstreich "Preußenschlag" zur Auflösung der Regierung Braun/Severing, die nach den verlorenen Landtagswahlen vom 24.4. weiteramtierte. 1932 gab es 5,6 Mio Arbeitslose (20%), 155 Menschen kamen in Straßenkämpfen zwischen Januar und August 1932 ums Leben, der Reichstag kam nur zu 13 Sitzungen zusammen, erließ aber 106 Notverordnungen. Die NSDAP kletterte bei den Reichstagswahlen am 31.7. von 18,3 % auf 37,4 %, verlor aber in den Dezemberwahlen 2 Millionen Stimmen oder 4,3%. Führende Repräsentanten der Industrie forderten Hitlers Beteiligung an der Regierung.

Raimund

Eine Geste der Freundschaft

Eine überaus große Anzahl von Freunden und Bekannten unseres leider verstorbenen Freundes

Marcel (Elmar) Hoffmeister

sind der Bitte seiner Frau Christiane gefolgt und haben anstelle von Blumen und Kränzen der VVN-BdA eine Spende überwiesen.
Hierfür möchten wir uns herzlich bedanken!
Wir glauben, daß diese Art des Gedenkens auch im Sinne unseres verstorbenen Kameraden ist. Für uns ist es eine große Hilfe, um die erforderlichen antifaschistischen Aktivitäten weiterführen zu können.
Da wir keine Anschriften der Spender vorliegen haben, hoffen wir, daß auch auf diesem Weg unser Dank angenommen wird.
Wir hoffen, daß wir uns einmal bei einer erfreulicheren Gelegenheit begegnen werden.

Friedel Becker

Kanther verweigert Bleiberecht

Unsere Aufforderung, den Opfern des Brandanschlags von Lübeck einen sicheren Aufenthaltsstatus zu garantieren, beantwortete Schleswig-Holsteins Innenminister Dr. Wienholtz Anfang April.

"Mit der Forderung nach einem Bleiberecht für die Überlebenden der Lübecker Brandkatastrophe hat sich Minister Dr. Wienholtz bereits im letzten Jahr an den Bundesminister des Innern gewandt, da dessen Zustimmung nach § 32 des Ausländergesetzes erforderlich ist. Leider wurde diese versagt.

Auf einen erneuten Vorstoß des Ministers von Anfang Februar 1997 hat der Bundesminister des Innern noch nicht geantwortet." Wienholtz appellierte an Kanther, seine ablehnende Haltung noch einmal zu überdenken: "Wenn es wieder eine solche Katastrophe gäbe, so würde nach meiner Überzeugung auch für die dann betroffenen Menschen eine Bleiberechtsregelung gefunden werden müssen.".
Nach Angaben der Bundesregierung wurden 1996 insgesamt 109 Brände in Asylunterkünften gezählt. Dabei starben 12 Personen, 107 wurden verletzt.

Raimund

Marshall-Bonbon für Kanzler Kohl - eine Chronik

Als am 5. Juni 1947 in der Howard-Universität der USA Außenminister Marshall seinen Plan verkündete, war das kein plötzlicher Einfall.

Schon am 28. Mai 1946 ordnete der Militärgouverneur Clay an, aus den Westzonen keine Reparationsleistungen mehr an die Sowjetunion zu liefern. Das war der erste Bruch des Abkommens von Jalta.

Am 10. Juli 1946 tagten die 4 alliierten Außenminister in Paris. Der Außenminister der SU schlug vor, nun auch einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen.

Am 6. September 1946 hat der US-Außenminister Burnes eine Rede gehalten. Die Aufbauarbeiten müßten die Deutschen nun selbst leisten, ohne die Beschlüsse von Potsdam zu beachten. Nach dieser Rede wurde am 11. September 1946 ein Wirtschaftsrat für die britische und amerikanische Zone eingerichtet.

Am 1. Januar 1947 trat der Vertrag über das "Vereinigte Wirtschaftsgebiet" der amerikanischen und britischen Besatzungszone (Bi-Zone) in Kraft. Nachdem dies alles gelaufen war, konnte Mister Marshall seinen Plan verkünden. Damit war die Spaltung Deutschlands perfekt.

Der Vollständigkeit halber muß noch erwähnt werden: Die Regierung der Sowjetunion hatte beantragt, die Dollarhilfe für alle vier Besatzungszonen zu gewähren. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Ebenso wurde im März 1948 bei der Tagung der 4 Befehlshaber der Zonen der Antrag des sowjetischen Vertreters abgelehnt, die Währungsreform in allen 4 Zonen einzuführen.

Weil damit die Spaltung endgültig war, verließ der Vertreter der SU die Sitzung. In Westen hieß es dann, die Russen seien schuld.

Willy

Gedanken zu 0,2 % weniger Arbeitslose

Im Mai '97 ist die Zahl der Arbeitslosen um 0,2 Prozent gesunken. „Sorgen" bereitet es den „Oberen" aber, weil damit in 1997 immerhin 380.000 mehr ohne Job sind als im Mai '96. Was aber unternehmen die Unternehmer um neue Arbeitsplätze zu entwickeln, wenn sie schon nicht in der Lage sind die „Alten" zu sichern. Die Arbeit sei zu teuer, jammern sie - die da oben.

Der deutsche Außenhandel ist weltmeisterlich, das weiß jedermann/frau. Dies ist offenbar ein unlösbarer Widerspruch: Die angeblich zu teuren Produkte werden im Ausland wie von einem Billiglohnland gekauft. Tatsächlich schrumpft in Deutschland der Binnenmarkt.
Trotz Verlängerung der Ladenöffnungszeiten ist der Umsatz beträchtlich gesunken. Und falls Waigel sein neues Sparpaket durchsetzen kann, werden weiter Massenentlassungen die Folge sein.

Am 09. Juni 1932 wollte die preußische Regierung ein Finanzloch von 150.000 Reichsmark mit Senkung der Gehälter der Beamten stopfen. Als sich Widerstand entwickelte, setzte von Papen die Regierung von Preußen ab.
Am 11. Juni 1997 demonstrierten in Bonn die Beamten gegen Waigels Gehaltsklau. Nun haben wir keinen von Papen, aber einen Kohl. Dieser erklärte nach der versuchten Abwahl von Waigel, er würde ihn sowieso nicht entlassen.

In der Tat, das ist so. Aber dagegen sollte aufgestanden werden, ehe undemokratische Strukturen von „oben" durchgesetzt werden. Da gilt es nicht nur dicke Backen machen, da muß geblasen werden.
Die Gewerkschaften sind nicht gegründet worden um die Probleme der Wirtschaftsbosse zu lösen. Die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes wurden von den Vätern des GG mit Betracht eingefügt. Umsetzen können diese Artikel nur die Gewerkschaften.

Willy

Fahrplan des EURO

01.01.1999 Die EURO-Zentralbank wird Oberbank. Ab dem 01.01.1999 bis 31.12.2001 wird der Euro nur bargeldlos in den Banken gehandelt. Am 01.01.2002 werden Scheine und Münzen in den öffentlichen Verkehr eingebracht. Nach dem 01.06.2002 hat jeder Mann/Frau Zeit D-Mark in Euro umzutauschen.

Willy

Bluten für den Euro?

Finanzminister Waigel und seine Experten behaupten, die Einführung des EURO bedeute nur eine Währungsumstellung. Aus 2 DM wird 1 EURO. Der sei aber auch doppelt soviel wert wie die DM. Also niemand habe einen Nachteil, niemand werde bluten.
Das ist wieder einmal lügenhafte Schönrederei!
Für den EURO "bluten" wir jetzt schon. Der von der Bundesregierung angesichts der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, 5 Millionen Arbeitslosen und einer wachsenden Zahl von Sozialhilfeempfängern und den damit im Zusammenhang stehenden leeren Kassen bei Bund, Ländern und Gemeinden betriebene Sparkurs ist mit dem Versuch, die "Maastrichtkriterien" (vor allem die jährliche Neuverschuldung auf höchstens 3% zu senken) erheblich verschärft worden.
Die Bundesbürgerinnen bezahlen das mit zusätzlichem Sozialabbau. Tatsache ist: Die Umstellung auf den EURO erfordert nach Berechnungen von Fachleuten der Europäischen Kommission international etwa 1 Billion DM!

Bezahlen wird der Kunde der Banken und Sparkassen die Kosten der Umstellung der Geldautomaten, der Computer, der Kontenführung und der damit verbundenen Schulung des Personals.

Freunden zugänglich zu machen. Damit Die immensen Kosten, die diese Umstellung in den öffentlichen Verwaltungen und Ämtern hervorrufen, wird der Steuerzahler tragen müssen.
Bezahlen werden es schließlich die Millionen Käuferinnen tagtäglich, denn die Umstellung bringt auch den Unternehmen aller Branchen Kosten. Sie werden in die Preisgestaltung eingehen und verteuernd wirken.
In diesem Zusammenhang heißt es in einem Kommentar der UZ (Wochenzeitung der DKP) zu recht:
"Dem Ziel, den Reichtum der Reichen zu mehren, die Macht der Konzerne auszubauen, einen weiteren Anlauf zu nehmen, die Führungsrolle in Europa und großen Teilen der Welt zu sichern, wird die Zukunft aller Menschen dieses Landes unterworfen.

Die finanzielle Unsicherheit der Menschen wird nicht allein mit der Unsicherheit ihrer Altersbezüge, mit der Verschlechterung der Gesundheitsfürsorge, mit steigenden Belastungen herbeigeführt - auch die bislang vermeintliche Sicherheit des Geldes, soweit im Kapitalismus davon überhaupt die Rede sein kann, wird nun offen in Frage gestellt."

Herbert Breidbach

Feldgerichtsurteil aufgehoben

Am 24. 9. 96 teilte der leitende Oberstaatsanwalt Bremens, Dr. Frischmuth, unserem Kameraden François de Beaulieu mit, aufgrund seines Antrags sei "das Urteil des Feldgerichts des Hauptquartiers O.K.H. vom 16. 4. 1943 (...) aufgehoben.

Gründe: Der am 12. Februar 1913 in Bremen geborene François de Beaulieu (...) ist am 16. April 1943 durch das Feldgericht des Hauptquartiers O.K.H. wegen Zersetzung der Wehrkraft und Ungehorsams zu einer Gesamtstrafe von sieben Monaten Gefängnis und zum Rangverlust verurteilt worden.

Er hatte Predigten des Bischofs von Galen, Gedichte von Reinhold Schneider sowie Briefe aus Theresienstadt abgeschrieben und an Freunde geschickt; außerdem hatte er Papiere mit der Weihnachtsbotschaft des Papstes vom 24. 12. 1942, die aus Geheimhaltungsgründen vernichtet werden sollte, an sich gebracht (...)

Der Antragsteller hatte das zur Vernichtung bestimmte Schriftstück nur deshalb an sich genommen, um es ebenfalls abzuschreiben und den Text seinen lag in Wirklichkeit - nach nationalsozialistischem Sprachgebrauch - eine weitere Vorbereitungshanlung zu einer weiteren Zersetzung der Wehrmacht vor."

Beaulieu fügte dem Schreiben einige Anmerkungen über das Reichskriegsgericht hinzu:

"Admiral Bastian hatte wohl 2000 Todesurteile unterschrieben, aber nach dem Kriege hat ihn niemand zur Rechenschaft gezogen, und er wurde auch 1958 mit allen militärischen Ehren begraben und spielte bei soldatischen Veranstaltungen eine Rolle, denn das Reichskriegsgericht verurteilte Verräter und Staatsfeinde (...)

Vor drei Jahren fand man zufällig einen Teil der Archive des Reichskriegsgerichts in Prag, wobei wohl zweihundert ernste Bibelforscher - Zeugen Jehovas ausfindig gemacht wurden, die zum Tode in Plötzensee verurteilt wurden(...)"
Sie hatten den Kriegsdienst verweigert und den Eid auf den Führer nicht schwören wollen.

François de Beaulieu

Fundamentales Umdenken nach 1945?

Vielen ist Lorenz Knorr seit langem bekannt. Bertrand Russel bezeichnete ihn 1963 als "Symbol gegenwärtigen Widerstandes und menschlicher Anständigkeit gegenüber dem barbarischen Alptraum." Am 23. April sprach Lorenz Knorr in St. Stephani vor interessierten Zuhörern über die zielgerade Karriere führender Nato- und Bundeswehrgenerale, die ihre Meisterprüfung schon während des 2. Weltkriegs abschlossen. Er begann seinen Vortrag mit einer Rede Roman Herzogs, der konservativen und neoliberalen Kräften in der Bundesrepublik fundamentales Umdenken bescheinigen wollte. Also jenen, die 1933 dem Ermächtigungsgesetz Hitlers zustimmten und mitschuldig wurden an den Verbrechen des NS-Regimes.

Was Bundespräsident Herzog als fundamentales Umdenken bezeichnete, bestand in der schrittweisen Restauration der alten Macht- und Besitzverhältnisse in diesem Staat. Adenauer beauftragte reaktivierte Hitlergenerale mit dem Aufbau der Bundeswehr.
Von ihnen gingen die Vorstellungen aus, die das Traditionsbild der Bundeswehr bestimmen sollten. Lorenz Knorr zeichnete die Karriere von hohen Hitler-Offizieren nach. Heusinger z.B. entwarf 1940/41 die Angriffspläne gegen Jugoslawien und Griechenland und war maßgeblich an den Plänen zum "Unternehmen Barbarossa" beteiligt, dem Überfall auf die Sowjetunion 1941.

Hitler hielt ihn für so unentbehrlich, daß er ihn im Spätsommer 1944 gegen SS-Untersuchungen in Schutz nahm. Er wurde gleich nach dem Krieg vom US-Generalstab beauftragt, den deutschen Ostfeldzug auszuwerten. Im Gegenzug wurde er von der Anklage freigestellt. 1950 kam er zum Ergebnis, 50 Panzerdivisionen, darunter 12 deutsche würden für einen erneuten Vorstoß nach Rußland gebraucht.
Ein weiterer Militärberater Adenauers war Speidel, der sich später auch für die Atombewaffnung der Bundeswehr stark machte. Als Generalstabschef im besetzten Frankreich zeichnete er sich für die barbarische Erschießen von 300 Geiseln verantwortlich und nach dem 06.02.42 für die Deportation von mehr als 3.000 Juden.

Er war ein Techniker der Entvölkerung und der verbrannten Erde. Auch seine Erfahrungen aus den Ostfeldzügen flossen in die Aufbaupläne für einen westlichen "Verteidigungsbeitrag" ein.
Nachfolger für Heusinger als Generalinspekteur der Bundeswehr wurde 1961 der Luftwaffengeneral Förtsch, verantwortlich für den Tod von hunderttausenden von Zivilisten bei der Bombardierung offener Städte.

Auf Admiral Ruge geht der Befehl von 1942 zurück, Schiffsbesatzungen versenkter Schiffe nicht zu retten und auch zur Hilfe eilende Schiffe zu versenken. 1970 endlich wurde in einer Studie des General Schnez enthüllt, wie hoch der Anteil von Rechtsextremisten in der Bundeswehr wurde.
Wer auch immer Pläne der Militärs aufdeckte, geheim oder auch nicht, hatte mit Verfolgung zu rechnen.

In einem Solidaritätsgruß an Lorenz Knorr schrieb Günter Anders: "Wenn der Mut, Massenmord als das zu bezeichnen, was er ist, als strafwürdig verfolgt und geahndet werden darf, nicht aber der Massenmord, (...) dann ist dadurch das Zeichen für höchste Gefahr gegeben."
Dem Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion zum Thema Wehrmachtsausstellung an.
Lorenz Knorrs neueste Broschüre "50 Jahre danach - Dritter Griff nach der Weltmacht ?" ist für 5.- DM im Büro zu erhalten

Raimund

Materialsammlung über die „Jungen Nationaldemokraten"

Die JN sind nach den Parteiverboten der vergangenen Jahre zu der Sammlungs- und Führungsorganisation im neofaschistischen Lager geworden und übernehmen eine wichtige Integratonsfunktion. Archive haben eine Materialsammlung zu den JN mit Texten über sie und von ihnen zusammengestellt, die ca. 60 Seiten umfaßt.
Zu bestellen ist die Materialsammlung gegen 10,- DM Vorkasse (incl. Porto) bei:
Autonome Antifa Bremen
St. Pauli Str. 10, 28203 Bremen

Kalt und dunkel

Am 01.Juni fand im Bunker „Valentin" in Farge eine Lesung mit Will Quadflieg statt. Um 11:00 Uhr versammelten sich rund 600 Menschen. Will Quadflieg las aus dem Buch „Hortensien in Farge - Leben und Sterben im U-Boot-Bunker Farge 1944/45 - Erinnerungen von Raymond Portefaix".

Der riesige, kalte und feuchte Raum mitten im Bunker vermittelte ein mehr als bedrückendes Gefühl, wie sich die Zwangsarbeiter allein schon wegen der Kälte gefühlt haben mochten. Die Erinnerungen von Raymond Portefaix, die er erst später niederschrieb, gaben der Hoffnungslosigkeit ein Bild, das sich nicht so schnell wieder verflüchtigen wird.
Mit Ende der Lesung verließen alle Anwesenden schleunigst den Bunker, sicher nicht nur um schnell wieder an die wärmende Sonne zu gelangen. Das Umfeld für eine derartige Veranstaltung konnte nicht passender sein.

Gerold

Rechte ChristInnen (ENiD) Die Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland, ihr politisches und kirchliches Umfeld

Diese Broschüre beleuchtet die Aktivitäten der wohl wichtigsten rechten Gruppierung innerhalb der evangelischen Kirche, die durch vielfältige Kontakte und eigene Tätigkeit im politischen Spektrum rechts der Unionsparteien auffällt.

Zu bestellen für 3,- DM plus Porto bei:

AK Konservatismus in Theologie und Kirche,
c/o AStA Marburg, Erlenring 5, 35037 Marburg

Wer an einer Welt des Friede und der Freiheit mitbauen will, wer aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzen will, sollte Mitglied der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN/BdA wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN/BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname ____________

Straße ____________

PLZ, Ort ____________

Telefon ____________

Geb.-Datum ____________

Beruf ____________

Bremen, den ____________

Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:
VVN/BdA Bremen e.V., Bgm-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Zur Ausstellung 'Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944' zeigen wir noch einmal die beiden Filme



Unternehmen Teutonenschwert

DDR 1958, 40 Min.

Dokumentarfilm über die Karriere des Wehrmachts-Generals Dr. Hans Speidel, seine mörderische Agententätigkeit für die Nazis 1934, seine Kriegsverbrechen in Frankreich, Polen und der Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs, bis zum Mitbegründer der Bundeswehr und Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa.
Der Mann, der seinen „Chef", den Feldmarschall Rommel, an die Gestapo verriet und in der Sowjetunion mehr Städte zerstören ließ als es in ganz Deutschland gab, hatte Ende der 50-er Jahre die Macht über die Atomraketen in Westeuropa.
Montag, 30. Juni, 19.30 Uhr
in unserem Büro



Die Reise nach Spanien

BRD 1997, 45 Min.

Dokumentarfilm über die Zerstörung Gernikas im April 1937 durch die Legion Condor.

Die Zerstörung der 'heiligen Stadt der Basken', das erste internationale Verbrechen der Wehrmacht, war für die Verantwortlichen eine Übung im Flächenbombardement, ein Test des Materials unter Kriegsbedingungen, die 'Generalprobe für den Zweiten Weltkrieg' (Göring im Nürnberger Prozeß) und wird im Fliegerhorst Wunstorf der Bundeswehr als 'Reise nach Spanien' abgehandelt. Mit dabei auf der Reise: Piloten der zivilen Luftfahrtgesellschaft Lufthansa.
Montag, 7. Juli, 19.30 Uhr
in unserem Büro

Christen gegen Faschismus und Krieg - Entscheidung für Leben und Solidarität

(Gerhard Fischer/Ulrich Schneider, mit einem Beitrag von Horst Stuckmann)

Zum Kirchentag 1997 legt die VVN-BdA diese Broschüre vor:

Christen in der Bewährung:

u.a.: Der Leidensweg Hans Littens, Paul Schneider im KZ Buchenwald

Antifaschistische Verantwortung heute:

Legt die Wurzeln des Faschismus frei!
Versöhnung und Verständigung im Zeichen von Lidice

Aktuelle kirchliche Positinen zur Rolle der Wehrmacht

Antifaschistische Christen in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes:

Propst Grüber - gemeinsam für Verfolgte
Martin Niemöller - ein Leben mit Brüchen
Vom „Katholiken-Prozeß" zum Präsidenten der VVN-BdA- Dr. Joseph C. Rossaint
Der Weg des renitenten Pfarrers Rudolf Schlunk
Anne Meier - eine Katholikin gegen Euthanasie und Krieg

Die Aktualität des Darmstädter Wortes
herausgegeben von der VVN- Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Rolandstr. 16
30161 Hannover, Preis: 5,- DM

Neue Broschüren der VVN-BdA:

Revanchistische Patenschaften kündigen!

Viele Landkreise, Städte und Gemeinden in der BRD haben sogenannte Patenschaftgen mit revanchistischen Organisationen, die für sich in Anspruch nehmen, noch heute Städte und Kreise aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu repräsentieren.
Die VVN-BdA Stade hat sich intensiv mit Politik und Auftreten der Kreisgemeinschaft Goldap/Ostpreußen, einem korporativem Mitglied der **Landsmannschaft Ostpreußen** beschäftigt.
In der jetzt fertiggestellten umfangreichen Broschüre wird zum einen die Stader Auseinandersetzung dokumentiert, zum anderen soll sie Hilfestellung sein, die Politik der Landsmannschaft Ostpreußen zu erkennen.
Die Broschüre enthält Gastartikel v... MdB Ulla Jelpke (Junge Landsmannschaft Ostpreußen und Ostpreußenblatt), R. Hethey (Neofaschisten in der Oblast Kaliningrad), H. Kuhr (Deutsches Kapitalinteresse in der Oblast Kaliningrad) und Alexa Stolze (Charta der Heimatvertriebenen).
Die Broschüre kann zum Preis von 5,- DM und 1,60 DM Porto (in Briefmarken) bei der VVN-BdA Stade, Postfach 2105, 21661 Stade bestellt werden.

50 Jahre Marshall

Bundeskanzler Helmut Kohl am 12.06.97 im Bundestag: „Es ist das erste Mal in der Geschichte, daß der Sieger den Besiegten materiell unterstützt."
Der Ex-Premier W. Churchill nach Abschluß des Abkommens vo... Potsdam: „Wir haben das falsch... Schwein geschlachtet."

Willy

Der Bremer Antifaschist, Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten. Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26 - 29217 Bremen
Tel.: 38 29 14 - Fax: 38 29 18
Montag: 16:00-19:00Uhr
Donnerstag: 15:00-18:00Uhr
Dringend benötigt:
Spenden für unserer Arbeit Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Kto-Nr.: 1031913

Anmeldungen von Gruppen für alternative Stadtrundgänge im Büro oder direkt unter 0421 / 61 12 62
Mitgliederöffentlich tagt Montags von 18:00 - 20:30 Uhr der Geschäftsführende Vorstand, jeden 4. Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr der Landesvorstand
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt unsere Auffassung wieder.
Redaktionsschluß: 10. des Monats
V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Geburtstage im Juli 1997:

Klara Pape	03.07.,72 J.
Friedrich Becker	11.07.,70 J.

Geburtstage im August 1997:

Fredeke Drewes	05.08.,59 J.
Wolfgang Büchler	22.08.,52 J.
Ernst Fenner	26.08.,83 J.
Hans-Ludwig Meier	26.08.,83 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden
Der Landesvorstand